

Statistik der Gesetzgebung – Überblick 17. Wahlperiode

Stand: 29.10.2010

1. Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben	238
Regierungsvorlagen	114
Gesetzesanträge von Ländern	47
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	1
Initiativen des Bundestages	77
2. Beim Bundestag eingebracht	196
Regierungsvorlagen	90
Initiativen des Bundesrates	29
Initiativen des Bundestages	77
CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	1
CDU/CSU, SPD, FDP	2
CDU/CSU, FDP	20
SPD	19
DIE LINKE	11
Bündnis 90/Grüne	24
3. Im Bundestag in 1. Beratung behandelt	145
4. Vom Bundestag verabschiedet	74
Regierungsvorlagen	54
Initiativen des Bundesrates	3
Initiativen des Bundestages	15
CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	1
CDU/CSU, SPD, FDP	0
CDU/CSU, FDP	14
SPD	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen der Bundestagsausschüsse	0

Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	2
5. Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse	58
(2. Durchgang und Vermittlungsverfahren)	
Zustimmungsversagungen	0
Gesetze, zu denen der Bundesrat Einspruch einlegte	0
Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen	0
6. Vermittlungsverfahren	
Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde	4
Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses	4
Anrufungen durch den Bundesrat	4
Anrufungen durch die Bundesregierung	0
Anrufungen durch den Bundestag	0
7. Verkündungen	53
als zustimmungsbedürftig verkündet	24
als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	29
Regierungsvorlagen	38
Initiativen des Bundesrates	2
Initiativen des Bundestages	11
CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	1
CDU/CSU, SPD, FDP	0
CDU/CSU, FDP	10
SPD	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (Bundestag oder Vermittlungsausschuss)	0
Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	2

* Anzahl derjenigen zusammengeführten Paralleleinbringungen von Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, bei denen unklar ist, wessen Entwurf weitergeführt worden ist.